

# Die Armut und die Unterschicht

Eine Kontroverse wird härter

*Stefan Hradil*



Stefan Hradil

Am Thema Armut scheiden sich die Geister. Weniger wahrscheinlich bei den Lesern der GWP, die häufig beruflich mit Sozialwissenschaften und Sozialkunde befasst sind. Bestimmt aber in der Bevölkerung insgesamt. Manches spricht dafür, dass extreme Beurteilungen zunehmen. Die einen sehen Arme als gesellschaftlich mehr und mehr ausgeschlossene, zunehmend auch in bestimmten Stadtvierteln isolierte Menschen ohne Lebens- und Entwicklungschancen. Sie brauchen vor allem mehr Geld. Die anderen sehen dagegen eine wachsende Unterschicht mit problematischen, oft geradezu gemeingefährlichen Verhaltensweisen und (daher) niedrigen Einkommen. Sie sollte keinesfalls mehr Geld erhalten, wohl aber verpflichtet werden, Familien-, Erziehungs-, Ernährungs- etc.-hilfen in Anspruch zu nehmen.

Im Folgenden sollen einige Meinungen zur Armut und zur Unterschicht in Deutschland dargestellt und, soweit wissenschaftlich begründbar, eingeordnet und kommentiert werden.

Armut in modernen Gesellschaften ist bekanntlich nur noch selten „absolute“ Armut. Sie bemisst sich daran, dass Menschen Gefahr laufen, infolge schlechter Lebensumstände zu verhungern, zu erfrieren oder Schaden an ihrer Gesundheit zu erleiden. Meist wird sie empirisch ermittelt, indem die Menschen gezählt werden, die weniger als einen oder zwei US-Dollar (kaufkraftgewichtet) zur Verfügung haben. Es besteht weithin Einigkeit, dass Armut in diesem „absoluten“ Sinne (moralisch) nicht zu rechtfertigen und (instrumentell) nachteilig auch für diejenigen ist, die nicht absolut arm sind.

Die typische Armut in modernen Gesellschaften ist jedoch „relativ“. Sie bemisst sich am typischen Lebensstandard und den Maßstäben der jeweiligen Gesellschaft. Als arm wird angesehen, wer so wenig zur Verfügung hat, dass er von der Lebensweise ausgeschlossen ist, die im jeweiligen Land als Minimum annehmbar gilt. Das Kriterium der Exklusion von wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen rückt dabei immer mehr in den Vordergrund. Strittig ist nicht so sehr diese gängige Definition „relativer“ Armut. Wohl aber stehen die konkreten Verfahren in der Kritik, relative Armut festzustellen.

So gelten häufig alle die Menschen als „relativ“ arm, die so wenig Einkommen haben, dass sie berechtigt sind, öffentliche Leistungen zur Armutsbekämpfung (also etwa Sozialhilfe bzw. „Hartz IV“) in Anspruch nehmen zu können. Die Bevölkerung ist sich weithin einig, dass diese Menschen arm sind. Vom Standpunkt eines Politikers ist es jedoch kaum akzeptabel, dass jede Intensivierung der Armutsbekämpfung, also jede Leistungserhöhung, die Sozialminister Finanzministern abtrotzen, dazu führt, dass *mehr* – und nicht etwa weniger – Menschen als arm gelten. Bekämpfte Armut als Armut zu betrachten, macht zwar soziologisch Sinn. Denn diese Menschen erhalten Hilfe, ihre Leben finanziell zu bewältigen und gelten als nicht in der Lage, dies aus eigenen Kräften zu vollbringen. Sozial- und finanzpolitisch macht es weniger Sinn, Hartz IV-Empfänger als arm anzusehen. Denn deren Armut wird ja bekämpft, mit vielen Steuergeldern.

Die öffentlich diskutierten Armutsbefunde beruhen meist jedoch nicht auf der „Sozialhilfegrenze“. Sie werden in letzter Zeit ermittelt, indem alle die Menschen als arm gelten, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt, genauer gesagt: des mittleren „bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Haushaltseinkommens“. Als mittleres Einkommen wird hierbei zunehmend der Median herangezogen und nicht das arithmetische Mittel. Das Medianeinkommen ist so definiert, dass die Hälfte der Bevölkerung ein höheres, die andere Hälfte ein geringeres Einkommen zur Verfügung hat. Warum gilt der Median und nicht länger das arithmetische Mittel als Bezugsgröße? Weil letzteres durch die extrem hohen Einkünfte weniger Einkommensbezieher mittlerweile so sehr nach oben getrieben wird, dass das arithmetische Mittel mit der „Mitte der Gesellschaft“ nicht mehr viel zu tun hat.

Über diese 60-Prozent-Messlatte, in den Medien meist unhinterfragt übernommen, wird jedoch heftig gestritten. Die einen sehen darin schlichtweg die Armutsgrenze. Sie machen zudem darauf aufmerksam, dass mit ihrer Hilfe die Entwicklung der Armut gut nachvollzogen und auch international gut verglichen werden kann.

Die anderen machen darauf aufmerksam, dass jedwede Prozentgrenze im Grunde nicht Armut, sondern soziale Ungleichheit misst. Sie sagt nichts über öffentlich akzeptierte Mindestbedarfe aus, sondern nur über einen bestimmten Abstand zur Mitte. In einer reichen Gesellschaft, so wird kritisiert, werden Menschen mit 60 Prozent des mittleren Einkommens recht gut dastehen. In einer Gesellschaft, in der alle hungern, ist nach der 60-Prozent-Grenze dagegen niemand arm (Walter Krämer).

Nicht nur diese Paradoxie gibt vielen zu denken. Andere Bedenken lauten so: Wird ein bestimmter Abstand zur Einkommensmitte als Armutsgrenze für alle herangezogen, so wird im Grunde unterstellt, dass alle Menschen gleich (gut) mit Geld umgehen. In der Realität gibt es jedoch einkommensschwache Menschen, die rational und sparsam wirtschaften, und Menschen, die sich unwirtschaftlich verhalten. Die konkreten Lebensumstände der Einkommensschwachen, die zum Beispiel viel Geld in Alkohol umsetzen, werden deutlich schlechter sein als die Lebensbedingungen der Sparsamen. Wie jede Prozentgrenze, so der Einwand, gibt also auch die 60-Prozent-Grenze wenig Auskunft über die konkrete Lebenslage. Überlegungen wie diese veranlassten die letzte

Bundesregierung in ihrem Armutsbericht, einkommensschwache Menschen, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verdienen, nicht als „arm“, sondern als „armutsgefährdet“ zu bezeichnen.

Um Armut genauer zu ermitteln, verwenden Armutsforscher gelegentlich den „Lebenslagenansatz“, anstatt der Bestimmung von Armut nur die Ressource Einkommen zugrunde zu legen. Hier werden neben dem Einkommen viele konkrete Lebensumstände ermittelt, zum Beispiel die jeweiligen Wohnbedingungen, sozialen Beziehungen, Bildungsgrade, Zukunftsaussichten, Gesundheitszustände etc. Es werden innerhalb jeder dieser Bereiche Unterversorgungsgrenzen definiert (zum Beispiel ein Wohnraum pro Person). Dann stellt man fest, inwieweit Personen im Hinblick auf ihre konkrete Lebenssituation in welcher Hinsicht unterversorgt sind oder nicht. So lässt sich zum Beispiel erkennen, dass manche Studierenden zwar finanziell „arm“ sind, hinsichtlich ihrer Lebensumstände jedoch nicht als arm gelten können. Andererseits wird sichtbar, dass eine ganze Reihe von Menschen, deren Einkommen deutlich höher ist als 60 Prozent des mittleren Einkommens, infolge von Misswirtschaft bzw. Überschuldung in elenden Umständen leben.

Es ist unbestritten, dass „Armut“, verstanden und ermittelt als komplexe, konkret erfahrbare Lebenslage, dem oben skizzierten Begriff relativer Armut viel näher kommt als die bloße Erfassung von Niedrigeinkommen, sei es mittels Sozialhilfebedürftigkeit oder mit Hilfe von festgestellten Abständen vom mittleren Einkommen. Allerdings sind auch Lebenslagestudien nicht frei von Willkür und Fragwürdigkeiten. Ein Beispiel: Ist eine Familie mit Wohnraum wirklich unterversorgt, wenn nicht jeder Person, auch jedem Kleinkind, ein eigener Raum zur Verfügung steht? Nach dieser Richtschnur wären große Bevölkerungsteile „wohnungsarm“. Aber: Ab welchem Alter billigt man Kindern einen eigenen Raum zu?

Kurt Beck, der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, ist vor einiger Zeit mit der Behauptung in die Schlagzeilen geraten, in Deutschland habe sich eine „Unterschicht“ entwickelt, in der Aufstiegsbestrebungen und entsprechende Bemühungen kaum noch zu finden seien. Als „Unterschicht“ wurden dann auch in der darauf folgenden Kontroverse jene Menschen bezeichnet, die nicht nur einkommensschwach waren oder in schlechten äußeren Umständen lebten, sondern eigene Verhaltensweisen bis hin zu einer eigenen Kultur ausgebildet hatten. Dieses Verständnis von einer „Unterschicht“ geht über Armut bedeutend hinaus.

Unter den Meinungsäußerungen zu „Unterschichten“ sind wenigstens drei „Stufen“ zu unterscheiden: Da findet sich *erstens* die gemäßigte Auffassung von einer „Unterschicht“. Sie beschränkt sich darauf zu behaupten, es gäbe heute in der armen Bevölkerung immer weniger Aufstiegsbestrebungen. Diese These lässt es offen, inwieweit geringe Aufstiegsbemühungen die Quelle der Armut darstellen oder umgekehrt die (länger andauernde) Armut den Ursprung geringer Aufstiegsbemühungen bildet.

Vor allem an der letzten Unterstellung ist mit Sicherheit „etwas dran“. Wobei insbesondere die vielen gering Qualifizierten unter den Armen heute auch viel Grund haben, ihre Aufstiegschancen gering einzuschätzen. Die großen Rationalisierungs- und Technisierungserfolge gerade in der deutschen Wirtschaft

verbesserten zwar unsere wirtschaftliche internationale Konkurrenzfähigkeit, ließen aber die Zahl der Arbeitsplätze für gering Qualifizierte sehr zusammenschmelzen. Handarbeit wird mehr und mehr überflüssig, und so fühlen sich die Betroffenen auch. Obendrein ist die bekanntermaßen hohe soziale Selektivität in unserem Bildungswesen nicht geeignet, in der „Unterschicht“ Zuversicht und Anstrengungen zu stärken, dass es die Kinder einmal besser haben sollen.

*Zweitens* meint eine viel weiter gehende Auffassung von „Unterschicht“, dass sich innerhalb der armen Bevölkerung ausgehend von längerfristig erfahrenen Lebensbedingungen eine ganze Kultur und ein geschlossenes Syndrom von Denk- und Verhaltensweisen entwickelt habe, die in vieler Hinsicht problematisch sind, nicht nur im Hinblick auf sozialen Aufstieg. Da ist von „Unterschichtfernsehen“ die Rede, das zur Kinder„betreuung“ missbraucht wird und Antibildung statt Bildung vermittelt. Da wird von perfektionierten Fertigkeiten gesprochen, die Sozialhilfe zu nutzen und auszunutzen. Da wird ein Vernachlässigen der Erziehung, ein Mangel an Vorbildern diagnostiziert. Als Konsequenz dieser Behauptung wird gefordert, Armutsbekämpfung allmählich von direkten Finanzhilfen auf die Finanzierung von Stellen zur Familienhilfe, Schuldnerberatung und Sozialarbeit zu verlagern.

Auch an dieser Sichtweise der Unterschicht ist empirisch „etwas dran“, aber weniger als an der ersten. Sie trifft vor allem dort zu, wo lokal relativ homogene Stadtviertel von Armen und Langzeitarbeitslosen entstanden sind, und entsprechende Abwärtsspiralen von negativen Vorbildern dominieren. In den angelsächsischen Sozialwissenschaften hat sich hierfür der Ausdruck „underclass“ durchgesetzt. In Deutschland sind es (noch) nicht allzu viele Quartiere, die so beschrieben werden. Immer wieder wird Berlin-Neukölln genannt, nicht zuletzt durch die lauten Rufe des dortigen Bezirksbürgermeisters Buschkowski.

Die eben umrissene zweite Sichtweise der „Unterschicht“ erachtet die Einstellungen und Verhaltensweisen der „Unterschicht“-Mitglieder als problematisch für diese Menschen, mitunter auch als schädlich für andere. Diese zweite Auffassung von Unterschicht unterstellt, dass es überwiegend die üblen Lebensumstände sind, die Menschen zu ihrem Verhalten gedrängt haben, dass also (frei nach Karl Marx) „das Sein das Bewusstsein“ geprägt hat. Dies sei vor allem dann zu erwarten, wenn Menschen schlechten Lebensbedingungen relativ lange ausgesetzt sind. Die skizzierte zweite Auffassung läuft daher nicht darauf hinaus zu behaupten, dass diese Menschen selbst schuld an ihrer Misere sind, dass sie also moralisch zu verurteilen seien. Deswegen ist die Konsequenz der zweiten Auffassung ja auch, Hilfe, nicht Zwang oder gar Bestrafung zu fordern.

Nicht selten wird jedoch eine *dritte*, nochmals verschärfte Meinung vertreten. Hiernach haben die Mitglieder der „Unterschicht“ sehr wohl die Entscheidungsfreiheit, weniger kalorienreich zu essen, ihren Kindern morgens ein Frühstück mit in die Schule zu geben und die Hausaufgaben der Kinder zu kontrollieren. Vermutlich finden sich solche Meinungen selten im Kreise von Sozialkundelehrern, gehäuft aber in den (unteren) Mittelschichten, vor allem in jenen Zirkeln, die selbst Abstiegsängste haben. Die moralische Verurteilung der „Unterschicht“ wurde auch keinesfalls nur am Stammtisch laut, sie wurde und wird in zahlreichen Zeitschriften- und Fernsehbeiträgen vertreten. Dies soll am Beispiel einiger Zitate aus dem *Stern* gezeigt werden (zit. n. Chassé 2010):

In den Problemgebieten „leben manche Leute schon in der dritten Generation von Sozialhilfe – dort herrscht Sozialhilfeadel – die wissen gar nicht mehr, wie das ist: morgens aufstehen, sich rasieren, vernünftig anziehen und zur Arbeit fahren. Die kassieren ihr Geld vom Staat, machen nebenbei noch ein bisschen Schwarzarbeit, wenn sie nicht sogar kriminell werden. Wenn wir etwas bewegen wollen, müssen wir diese Leute aus ihrer Lethargie wecken, ihnen klar machen, dass sie für sich, ihre Stadt und ihr Viertel selbst verantwortlich sind.“ (Stern 46/2002: 36f.)

Auch die hohen Krankheitsrisiken in „Unterschichten“ gelten vielen Journalisten als selbst verschuldet: „Armut macht also nicht krank. Der schlechte Gesundheitszustand der Unterschicht ist keine Folge des Geldmangels, sondern des Mangels an Disziplin. Disziplinlosigkeit ist eines der Merkmale der neuen Unterschichtkultur.“ (Stern 52/2004: 158)

Schließlich: „Die Unterschicht verliert die Kontrolle, beim Geld, beim Essen, beim Rauchen, in den Partnerschaften, bei der Erziehung, in der gesamten Lebensführung.“ (Stern 52/2004: 160)

Diese abwertenden Diagnosen von Defiziten sind aus soziologischer Sicht weit überzogen. Zum einen halten sich die beschriebenen Phänomene schon rein quantitativ in Grenzen. Sie lassen sich keinesfalls für große Teile oder gar für alle der ca. zehn Millionen Einkommensarmen Deutschlands insgesamt beobachten. Zum andern ist der Grad der Freiwilligkeit bzw. der Wählbarkeit von Verhaltensweisen gerade in beengten Lebensverhältnissen geringer, als viele der moralischen Verdikte unterstellen. Schon Mancher aus bürgerlichen Mittelschichten musste an sich selbst erfahren, wie schnell er in Impulskäufe oder andere „Disziplinlosigkeiten“ geriet, wenn es eng wurde. Schließlich werden die Folgen weit negativer als realistisch gesehen, so zum Beispiel von Heinz Bude: Die Mitglieder der Unterschicht stellen nach ihm „eine Gefahr für alle dar: Sie verzehren die Grundlagen des Wohlfahrtsstaats, bilden eine unerreichbare Parallelwelt und fungieren als unberechenbarer Resonanzboden für populistische Bestrebungen.“ (2004: 5) Es ist daran zu erinnern, dass unser Wohlfahrtsstaat – quantitativ gesehen – nicht wegen der Armutsbekämpfung aus den Fugen zu geraten droht. Auch Populismus und politischer Extremismus gehen weniger von den untersten Schichten der Gesellschaft als von jenen aus, die infolge eigener Qualifikation oder wegen sozialer Abstiege den Anspruch auf einen bestimmten Status zu haben glauben, der ihnen derzeit verwehrt wird. Relative Deprivation sagen Soziologen dazu.

Die moralische Verurteilung der Unterschichten ist im Grund weder an die politischen Entscheidungsträger noch an die gesamte Bevölkerung, sondern an die Mittelschichten gerichtet. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, sich abzugrenzen und als die „bessere“ Schicht zu empfinden. Diese Adressierung wurde in den letzten Jahren vor allem deshalb so wichtig, weil große Teile der Mittelschichten von Abstiegsängsten erfasst wurden, teilweise zu Recht. Die Gefahr finanzieller Armut macht auch an den Grenzen der Mittelschicht nicht Halt, nicht zuletzt Hartz IV, das nach wenigen Monaten Arbeitslosigkeit den Sturz auf Sozialhilfeniveau vorsieht, hat dafür gesorgt. Da tut es gut zu wissen, dass auch im Falle eines relativen Abstiegs eine Grenze der moralischen Respektabilität hin zur „Unterschicht“ bleibt. Die Reaktionen in den Mittelschichten auf

diese Botschaften blieben dann auch nicht aus. Aus Diagnosen sozialer Probleme wurden nicht selten moralische Empörung und Forderungen nach zwangsweiser pädagogischer Korrektur.

Als Antwort auf so übertriebene *Abwertungen* sind, in erster Linie innerhalb der Sozialwissenschaften, in letzter Zeit nicht minder fragwürdige *Aufwertungen* der „Unterschicht“ entstanden. Fette Ernährung und Adipositas gelten auf einmal als kulturelle Kennzeichen der Unterschicht mit Eigenwert. Schulversagen infolge sprachlicher Mängel und Schulschwänzens werden als „institutionelle Diskriminierung“ durch die Schule interpretiert, die bürgerliche Sprachstandards mit Macht durchsetze. Wer auf die soziale Herkunft und die geringe Weitergabe „kulturellen Kapitals“ (Pierre Bourdieu) durch Eltern bildungsferner Milieus verweist, wird beschuldigt, die Unterschicht zu diffamieren und die Schule von Schuld entlasten zu wollen.

Im Grunde wird so die viele Jahrzehnte alte, in den 1960er Jahren im Bereich der Soziolinguistik (Basil Bernstein) besonders bekannt gewordene Kontroverse zwischen der Defizit- und der Differenzhypothese wieder aufgewärmt. Die Defizithypothese besagt ja, dass Sprache und Kultur der Unterschicht minderwertig sind. Die Differenzhypothese meint bekanntlich, dass die Kultur der Unterschicht gleichwertig und nur anders als die der Mittelschicht sei. Anders als bei bestimmten Mahlzeiten hat das Aufwärmen der Bekömmlichkeit der Unterschichtdebatte nicht gut getan. Denn in den 1970er Jahren war schon klar geworden, dass in der Soziolinguistik und darüber hinaus weder die reine Defizithypothese haltbar ist, noch die reine Differenzhypothese zutrifft. Gerade in modernen Wissensgesellschaften werden unter anderem die Abstraktionsmöglichkeiten der Mittelschichtssprache und –kultur gebraucht. Gerade in modernen Wissensgesellschaften sollte man sich aber auch davor hüten, alle überkommenen (Bildungs-)Standards der (deutschen) Mittelschichten unhinterfragt als Kulturgut zu verteidigen. Heute aber werden beide Sichtweisen, die Wahrnehmung einer minderwertigen und die einer gleichwertigen Unterschicht, wieder in aller Reinheit und Unkenntnis verfochten. Es gibt auch wissenschaftliche Rückschritte.

## Literatur

- Bude, Heinz 2004: Das Phänomen der Exklusion, in: *Mittelweg* 36, H. 4, S. 3-15  
 Chassé, Karl August 2010: *Unterschichten in Deutschland*, Wiesbaden: VS Verlag  
 Hradil, Stefan 2001: *Soziale Ungleichheit in Deutschland*, 8. Aufl.  
 Hradil, Stefan 2006: Gibt es in Deutschland eine Unterschicht? Und wenn ja: Wie sollen wir sie nennen? in: *Gesellschaft-Wirtschaft-Politik* H. 4, S. 440-444  
 Hradil, Stefan 2007: Angst und Chancen. Zur Lage der gesellschaftlichen Mitte aus soziologischer Sicht, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.): *Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland. Ein Lagebericht*, Frankfurt am Main: Societäts Verlag, S. 163-226 (zus. mit Holger Schmidt)  
 Rössel, Jörg 2009: *Sozialstrukturanalyse*, VS Verlag